

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Sonnabend 28. September 1907.

Nr. 269.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Das Bulletin von gestern nachmittags 5 Uhr über das Ergehen des Großherzogs von Baden lautet: Mit kurzer Unterbrechung hat der Großherzog am Samstag den Tag über angehalten. (S. 1. Sp. 8.)
Der bayerische Landtag wurde gestern nachmittags vom Prinzregenten eröffnet. (S. 1. Sp. 8.)
Ueber Krongrad Ende berichtet jetzt der deutsche Hauptmann Hagen. (S. 1. Sp. 8.)
Gestern hielten die sächsischen Konservativen ihre Generalversammlung in Dresden ab. (S. 1. Sp. 8.)
Am Jahre 1908 wird in Berlin ein internationaler Kongress für Volksbäder abgehalten.
Auf der Chaussee Berlin-Hamburg wurde der Schleppzug der Eisenbahn bei Strausberg verunglückt. (S. 1. Sp. 8.)
Der König von Rumänien ist von Wien abgereist. (S. 1. Sp. 8.)
Die Großmächte haben das türkische Reformprojekt der makedonischen Justiz angenommen, behalten sich aber die Ueberwachung der Ausführung vor. (S. 1. Sp. 8.)

Politische Tage in Wien.

Die alte österreichische Kaiserstadt an der Donau schied nach längerer Zeit wieder einmal ihren Namen in das Gedächtnis der internationalen Politik ein. Vier politische Besuche finden jetzt und in den nächsten Tagen statt. Heute kamen König Karl von Rumänien und der russische Minister des Auswärtigen, Herr v. Iswolski, hier an, demnächst folgt die Ankunft des Großfürsten Bladimir von Rußland und seiner Gemahlin, und den Reigen schließt der Herrg. von Serbien ab. Alle diese Besuche stehen in einem innigen Zusammenhang, alle betreffen die auswärtige Politik, und es ist überaus interessant, wie bei diesem Anlaß die der internationalen Politik zugrunde liegenden, die bisher im geheimen gesprochen wurden.
Am reichsten, was Details der politischen und der Gesandtschaften anlangt, ist die gleichzeitige Anwesenheit des Königs von Rumänien, des Herrn v. Iswolski und die Aufgabe, die Großfürst Bladimir zu erfüllen hat. Die Beziehungen Rumäniens zu Rumänien waren nämlich bisher keineswegs so, wie sie vollkommen den Intentionen der beiden Entente-Mächte bezüglich des Balkan-Problems entsprechen würden. Zwischen dem Kaiserhof und dem Hofe in Bukarest herrscht eine gewisse Mißstimmung. Sie beruht in dem Umstande, daß der Besuch König Karls in Petersburg bisher nicht erwideret wurde, und alle liebeswürdig-büchlichen Bemühungen, Rumänien auszuzeichnen, wie es wiederholt bei Erinnerungsfesten auf historischen Schlachtfeldern der Fall war, haben verhältnismäßig wenig gefruchtet. Die diplomatischen Beziehungen wurden dadurch getrübt, daß viele Jahre hindurch die russische Vertretung in Bukarest der Herrg. der pan-slawistischen Linie über den Balkan war. Was sich nur die Erinnerung an Herrn Nitrows herausgehoben, um dies zu bezeichnen. Bedenkt man, daß König Karl sich, was die Balkanpolitik anlangt, vollständig den Intentionen Österreich-Ungarns angeschlossen hat, besteht es in weit abweichend, daß man öffentlich von einem bevorstehenden Abschluß einer Militärkonvention zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien gesprochen hat, dann muß nicht noch einmal gesagt werden, wie unangenehm die (oderen, stellenweise gespannten Beziehungen zwischen Bukarest und St. Petersburg, dem rumänischen Könige und der Vertretung seiner auswärtigen Politik sind. Die gegenwärtige gleichzeitige Anwesenheit König Karls und Herrn v. Iswolski in Wien bietet nun die Gelegenheit zu der von Österreich-Ungarn gemauerten Aussprache und eventuell zu der ersten Annäherung. Die Dispositionen auf Seiten Rumäniens sind günstig. Der Kaiserhof befindet sich durch den angelegentlichsten Besuch des Großfürsten Bladimir in Bukarest, daß ihm jede Abhilfe, die königliche Familie von Rumänien zu räumen, fern liegt. Der Zar schickt den Großfürsten Bladimir. Wenn der Zar nicht selbst kommt, so kann man sich in Petersburg darauf berufen, daß Reisen des Zaren ins Ausland in den letzten Jahren zu jenen Verbindungen gehörte, die leicht gefährlichen Charakter annehmen. Die sorgsam man die Empfindungen in Bukarest und in Sinaia russifiziert schon will, beweist die Weisheit des Großfürsten Bladimir, deren Zusammenkunft ein Kabinetschef böhmischer Herkunft ist. Damit nämlich der Besuch des Großfürsten Bladimir und seiner Gemahlin in Bukarest den freundschaftlichen Charakter erhält, damit es nicht etwa den Anschein habe, als ob der Besuch in Bukarest lediglich ein Anknüpfen an die Anwesenheit des Großfürsten in Belgien darstelle, reist Großfürst Bladimir von Bukarest zunächst nach Wien. Obwohl er auf dieser Fahrt Bukarest verläßt, nimmt er dort keinen Aufenthalt; er fährt nach Wien weiter, bezieht sich dann nach Venedig, erst von Venedig aus fährt er nach Bukarest. Er tritt also dann in Venedig eine separate, offizielle, nur dem Besuche des rumänischen Königspaares in Bukarest gewidmete Fahrt an. Beschlüssen sind, wie man sieht, die Wege der Politik, und das kompliziert sich die Gienbahnen der Weltstrategie.
Die Bedeutung und die Tragweite der Anwesenheit des russischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Iswolski in Wien darzulegen, bedarf es eines kleinen Rückblicks. Dieser Besuch war ursprünglich als die Eintrittskarte gedacht. Da aber ereignete sich die Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Franz Josef in Sigmund, die Begründung des englischen Königs mit Herrn v. Iswolski in Wien. Zur Zeit, als die Reise des russischen Ministers nach Wien angeflügelt wurde, bestand also noch nicht die volle Gleichzeitigkeit aller Mächte über die Politik im nahen Osten, auf dem Balkan. Das erfordert nun eine leichte Retrospektive-Arbeit. Man legt an die Stelle der maßgebenden Stelle den größten Wert darauf, immer wieder zu betonen, daß bei den Konversationen, die der russische Minister des Auswärtigen hier in Wien pflegen wird, von neuen Abmachungen keine Rede sein könne. Es wäre auch im gegenwärtigen Momente, wo endlich das Konzert der europäischen Mächte in Harmonie zusammenspielt, tatsächlich gefehlt, mit neuen Plänen oder neuen Ideen zu kommen;

es ergibt sich aber als naturgemäße Folge der vielen Monarchenbeziehungen und der zahlreichen Ministerjamentenflüsse des heutigen Sommers die Notwendigkeit, am Märzsteiger Protokoll Ausgestaltungen und Modifikationen vorzunehmen, durch die da und dort noch vorhandene Mißverständnisse aus der Welt geschafft werden. Diesem Zwecke werden die Besprechungen mit dem russischen Minister des Auswärtigen dienen. In diesen Besprechungen soll über die modus festgesetzt werden, wie in den einzelnen Reformaktionen auf dem Balkan vorzugehen werden soll; in welchen Punkten und in welchen Parteien mehr oder weniger Energie anzuwenden ist. Diese Diktierung ist unbedingt nötig, da die Entente-Mächte selbstverständlich bestrebt sind, den Empfindungen oder Empfindlichkeiten der Westmächte nicht nachzugeben. Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die größten Schwierigkeiten bei der Reformation von der Türkei herrühren, die in ihr einen Abbruch ihrer Souveränität erblickt und sich so lange als nur irgend möglich wehren wird, das namentlich einseitig genehmigte Justizreform-Programm in Makedonien durchzuführen, die sich bekanntlich an sich auf einen Hauch der Justizreform zu schaffen, um darzutun, jene Position von außen sei überflüssig.
Auch mit dem König von Rumänien hat Herr v. Iswolski in Wien eine Reihe wichtiger Fragen zu besprechen. Zunächst die politische Gestaltung des rumänisch-bulgarischen Verhältnisses, die Beziehungen Rumäniens zur Türkei, dann, wie oben schon erwähnt wurde, die Annäherung Rumäniens an Rußland zu erörtern. Ueberdies wird man sich hier Mühe geben, die auch von König Karl angestrebte Verbindung Rumäniens mit Griechenland und dadurch die Lösung der kugowalischen Frage zu fördern. Man sieht, es ist ein ziemlich ausgedehntes Arbeitsprogramm, und man begreift, daß der diesmaligen Anwesenheit König Karls in Wien, obwohl er alle Jahre hierher kommt, besondere Bedeutung beigemessen wird. Das marantelle Ereignis wird jedenfalls die gleichzeitige Anwesenheit Herrn v. Iswolski und des Großfürsten Bladimir sein. Man weiß, daß es ein beiderseitiger Wunsch des Zaren ist, der den Großfürsten hierher führt. Man kann von einer Art Monarchen-Begegnung sprechen, da Großfürst Bladimir der tatsächliche Vertreter des Zaren in Wien ist, wie er es schon in Sofia war und wie er es später in Bukarest sein wird. Die Anwesenheit des Herzogs von Serbien wird, abgesehen von der bekannten Intimität des Wiener und Londoner Hofes, in politischen Kreisen dahin ausgelegt, daß es beim heutigen Stande der internationalen Beziehungen eine selbstverständliche und angenehme Ergänzung sei, wenn bei allen diesen politischen Vorgängen auch ein Vertreter des englischen Hofes in Wien weilt.

Die konservativ Generalversammlung.

Am gestrigen Tage trafen die sächsischen Konservativen zu ihrer Generalversammlung in Dresden zusammen. Sie wurde im Saale von Reinholds Restaurant abgehalten. Da sie verhältnismäßig gut besucht waren, so wird zunächst nur in die Definitivität bringen, was nach Wunsch der Parteileitung bekannt werden soll. Und das ist nicht wenig.
Die königliche Leipziger Zeitung gibt nämlich über den Verlauf der Versammlung, die „unter zahlreicher Teilnahme“ stattfand, folgenden Befund: „Es waren namentlich viele hohe Staatsbeamte aus ganz Sachsen, ferner zahlreiche Mitglieder der Ersten und Zweiten Ständekammer und Angehörige der sächsischen Aristokratie in der Versammlung anwesend.“ Dann heißt es über die
Gründung:
Herr Reichstagsabgeordneter Landrichter Dr. Wagner eröffnete die Versammlung mit einer begrüßenden Ansprache und hob hervor, daß auf dem Verlaufe der heutigen Tagung aller Augen gerichtet seien. Der zahlreiche Besuch der Versammlung widerlege jedenfalls die Behauptung der links lebenden Presse vom Bankrott, von dem Ruin und der Zerlegung der konservativen Partei. Diese habe im letzten Wahlzuge eine Schlappe erlitten, und es liege ihre Pflicht, die daraus zu ziehenden Lehren zu betonen und die Fehler in eigenen Reihen in Zukunft zu vermeiden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß sich nie wieder ein Wahlschicksal unter solcher Unruhe und Unklarheit vollziehe, wie der letzte. Ein ganzes Menschenalter habe die Partei, getragen von Vertrauen des Volkes, die Rechte gehabt. Diese bestelllose Tatsache einer mehr als fünfzigjährigen Majorität beweise jedenfalls, daß die Partei nie erkrankt sei, sondern daß sie stets ein offenes Auge und klares Verstandes für die wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des Volkes gehabt habe. Gerade in der Zukunft sei der Einfluß des konservativen Prinzips mehr als je geboten, denn konservativ sei der Zusammenhang des Wohlstandes mit dem Gewordenen und des Gewordenen mit dem Werden. Deshalb gelte die konservativ Partei mit großer Inanspruchnahme der kommenden Zeit entgegen in steter Erinnerung an ihre große Vergangenheit. So viel von der Partei liege, wolle sie auch in Zukunft sein, was sie von anderen nationalen Parteien trenne, nach Kräften zu bewahren und das Gelingen im Auge behalten. Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den König.
Von den Verhandlungen über das
konservative Programm
wird dann mit folgenden Worten berichtet: „Ueber die Aufgabe der konservativen Partei in der Gegenwart und das konservative Programm berichtete Herr Geh. Hofrat Oppi. Der Landesverein hat am 6. Juli einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Für Ende dieses Jahres ist ein Delegiertentag des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen in Aussicht genommen, auf welchem auch über eine eventuelle Ergänzung des Programms vom 8. Dezember 1892 beraten werden soll. Der konservativ Landesverein wolle beschließen: Ohne mit der Hoffnung der von dem Dresdener konservativen Verein in der Sitzung vom 6. April zur Unterstützung des konservativen Programms beschlossenen Vorläufe sich zu identifizieren, diese Vorläufe dem Hauptverein der Deutsch-Konservativen einzubringen und den Inhalt durch die Abgeordneten auf dem konservativen Delegiertentag vertreten zu lassen.“
Das ist alles! Doch nein — auch von dem dritten Beratungsgegenstand, Aussprache und Stellungnahme
zur Wahlrechtsreform.
wird genau das gesagt, was schon bis her bekannt gewesen ist, nämlich, daß man jetzt an die Stelle der scharfen Opposition, die zuerst ausgesprochen wurde, ein formell freundliches Entgegenkommen setzt, um den Einfluß in der Regierung behalten zu können. Der Bericht sagt: Der Berichtende waren die Herren Oberbürgermeister Bentler und Geh. Hofrat Oppi. Der erste brachte die Anschauungen des Gesamtverbandes zum Ausdruck, die in der nachstehenden Resolution zusammengefaßt waren, und empfahl der Versammlung deren Annahme:
Die Versammlung des konservativen Landesvereins spricht die Erwartung aus, daß ihre dem Landtage angehörenden Parteigenossen in Einvernehmen mit der königlichen Staatsregierung in der bevorstehenden Landtagsession die Wahlrechtsreform aufzuheben bringen helfen, und erachtet sie daher, in eine wohlwollende Beurteilung der Regierungsvorlage über die Wahlrechtsreform einzutreten und dahin zu wirken, daß ein namentlich auch den Mittelstand und die minder-

bemittelten Klassen befriedigendes Wahlrecht verabfolgt wird, ein Gesetz, das, teilweise auf Verhältnismäßigkeiten und einem wichtigen Pluralwahlrecht beruhend, eine sichere Gewähr für eine unterläufige gesunde Mehrheit der Volkswirtschaft bietet.“

Und damit Schluß, nämlich des offiziellen Berichtes.
Wir haben schon ausführlich eingehend und darüber angeführt, wie die jetzt beliebte Behandlung der Berlinerischen Angelegenheiten und die Schwärzung der Konservativen in der Wahlrechtsfrage zu beurteilen ist. Der obige Bericht gibt keinen Anlaß, unser Urteil zu revidieren. Stellt sich, daß das anders sein wird, wenn man Näheres aus dem Konkreten erfährt, so hat sich am 27. September die konservativ Partei Sachlens held und mutig zur Wehre. Heute ließe sich nur etwas zu Dr. Wagners Rede bemerken. Das offene Eingeständnis der Wahlrechtsfrage berührt angenehm. Wenn aber Dr. Wagner glaubt, Unruhe und Unklarheit sei an ihr Schuld gewesen, so dürfte er sich gründlich täuschen. Selbst die mit Hilfe eines zugehörigen der Konservativen zugeschnittenen Wahlrechts im letzten Jahrbuch noch mühsam aufrecht erhaltenen „Mährische Majorität“ erlitt welche gerade dadurch einen erheblichen Stoß, daß das sächsische Volk noch der Periode einer „unflaren“ konservativ-nationalliberalen Parteileitung errettet vor die Frage gestellt wurde, ob es viele ererbende konservativ Mehrheit noch länger dulden wolle. Und das möchte es auch seiner „Unruhe“ auf und verwarf dem Nationalliberalismus zu dem schmerzlichen Erfolg vom 26. September 1907. Ebenso falsch ist es, davon zu reden, daß die Konservativen ein offenes Auge und klares Verstandes für die wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des Volkes gehabt hätten. Die agrarisch-konservative Majorität in einem vorwiegend industriellen Lande widerstrebt dem, und für das Wahlrecht geschaffen werde, haben die Konservativen bis zuletzt das geringste Verständnis gezeigt. Erst als sie fürchteten, durch die Opposition gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung mit ihrem Einfluß in den entscheidenden Kreisen“ zu kurz zu kommen, weil man sich dort erfreulicherweise nicht einschließen ließ — pollogen sie die Verhandlung, für die oben abgedruckte Resolution den schlagenden Demos liefert.

Ueber die konservativ Generalversammlung erhalten wir von unserem Korrespondenten noch telegraphisch das folgende Eindrucksbild:

Die großartige Kundgebung der Einigkeit, die von sämtlichen konservativen Mitgliedern schon wochenlang in allen Parteien angeflügelt wurde, ist doch nicht das unpassende Schauspiel geworden, das man sich verprochen hatte, obwohl die Rollen offenbar gut einstudiert waren. Die Annahme der herlich unverwundlichen Resolution, betreffend die Berlinerischen Revisionen, erfolgte allerdings ganz glatt; ebenso die Annahme der vom Parteivorstand sorgfältig für alle Möglichkeiten zur gezieltesten Entschiedenheit zur Wahlrechtsreform. Es schien bis zur der Schluß der Versammlung, als ob alles zu liegen würde. Aber in der Debatte über den letzten Punkt der Tagesordnung fiel doch plötzlich das unruhige Wort „Rebentreglung“ von den Lippen des Reichsanwalts Dr. Zimmer (Ghemnitz). Er forderte im Interesse der Partei Aufklärung über die Andeutungen des Herrn v. Roth, und damit sich keine unangenehme Dinge in Zukunft nicht wieder ereigneten, stellte er gleich die weitergehende Forderung zur Schaffung einer streifen Organisation der ganzen konservativen Partei. Aus war die Rede ergriffen. Der Abgeordnete Ullrich blieb selbstverständlich in daselbe Form, ging aber bedeutend schärfer ins Zeug. Er stempelte das Vorhaben des Negationsrates zu einem Verbrechen, und sprach im Namen des sächsischen konservativen Vereins ganz offiziell seine Enttäuschung darüber aus. Herr v. Roth jedoch war offenbar nicht gewillt, sich von den konservativen Oppositionen ins Verderben zu lassen; ebensowenig wollte er aber auch das schon schon fast erlöschende Licht der Partei ganz und gar verdrängen. Von seiner Rede ist allerdings bis jetzt nicht viel in der Öffentlichkeit gedrungen. Der von der Parteileitung geleitete Bericht sagt nur, Herr v. Roth habe erklärt, seine früher so berühmten gewordene Ausführungen enthielten keine persönlichen Angriffe, er halte aber alles, was er in jener berühmten Versammlung gesagt habe, inhaltlich voll und ganz aufrecht. Wenn die Parteileitung jedoch zögert hat, mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit auch die Lippen der 300 Teilnehmer an der Versammlung zu verriegeln, so hat sie sich gewaltig getäuscht; denn kaum drei Stunden nach Schluß der Versammlung wurde man schon, daß Herr v. Roth sich bereit erklärt habe, sein Material, resp. die Bemerkungen für seine Bedenken über die konservativ Regierung einem kleineren Kreise von Parteimitgliedern zu unterbreiten. Man sollte nun meinen, daß das alles war, was man vernünftigerweise fordern konnte, und daß das Verhalten des Herrn v. Roth nur von dem Wunsch diktiert war, die schwer blamierte Partei zu schonen. Aber die Parteigenossen waren offenbar anderer Meinung. Der Abgeordnete Jacz und Herr Liebmann (Mühlitz) führten noch heftigere Angriffe gegen das bedrückte Haupt des Herrn v. Roth. Und Herr Reichstagsabgeordneter Kumpel, der selbstverständlich von dem Widerstandes der Regierungsvorlage vollkommen überzeugt ist, meinte, nur die biele liberale Presse habe den Ausführungen des Negationsrates zu der zeitigen Bedeutung verhelfen. Den Schluß der Versammlung bildeten die von Herrn Ullrich arrangierte Apologie der Parteileitung, selbstverständlich der neuen unter Herrn Dr. Wagner, und ein Genuß auf die Einigkeit der konservativen Partei.

Deutsches Reich.

Leipzig, 28. September.

Vom Großherzog von Baden. Ueber das Befinden des Großherzogs, dessen Leben dem Ende zuneigt, wird u. a. gemeldet: Um den Kranken zu beruhigen und ihm Schlaf zu geben, wurden in der Nacht auf Freitag hohe Morphiumeinreibungen verabreicht. Der Patient liegt meist in ruhigem Halbschlummer. Auf Anrufen antwortet er durch Zeichen. Geisproben hat er seit Donnerstag abend nicht mehr. Die Großherzogin machte, obwohl selbst aufs äußerste erschöpft, bis 4 Uhr morgens am Krankenbett, dann wurde die tapferere Frau, die völlig ihre Haltung bewahrt, von ihrer Tochter, der Kronprinzessin von Schweden, abgelöst. Der Seelsorger, Präsident des badischen Oberkirchenrats D. Helbing, spendet den Angehörigen in diesen schweren Stunden Trost. Auf besonderen Befehl der Großherzogin ist auch Herr Dr. Müller, der katholische Geistliche der Mainau, derselbe, dessen Pfarrkirche in Riegelstein der Großherzog unmittelbar vor dem Ausbruch seiner schwersten Krankheit einweihen, in das Schloß berufen worden. Seit Freitag morgen ist eine Sperre der um das Schloß führenden Anlagen einsetreten. Der Großherzog zeigte gegen 1 Uhr erwidertes Nachmittagsbesuch und nahm zwei Köpfe Gerstenkleinsuppe zu sich. Die Großherzogin ließ alle Audienzen ablagen und den Geminden der Nachbarglieder der Mainau innigen Dank aussprechen. Seitens der Umgebung würde das Abgehen angesichts des langen Kampfes als Erlösung betrachtet werden. Mit der Familie sind die Epigen der badischen Staatsbehörden und der Poststaaten jetzt vollständig auf der Mainau.

Vertical text on the far left margin, likely from an adjacent page or a list of numbers.